

19/90

Präsidium tagte in Bonn

Vor der Zusammenführung der beiden CDU-Parteien

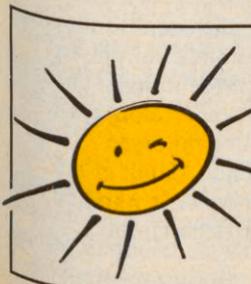
Das Präsidium der CDU hat sich am 31. Mai mit der Deutschlandpolitik, dem Staatsvertrag und der Zusammenführung der beiden CDU-Parteien Deutschlands befaßt. Generalsekretär Volker Rühe hat im Konrad-Adenauer-Haus die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen der Bonner Presse mitgeteilt:

Das Präsidium begrüßte ausdrücklich die Entscheidung der Volkskammer zur Sicherung unrechtmäßig erworbenen Eigentums von Parteien und Massenorganisationen. Damit wird ein Mißbrauch nach Einführung der D-Mark am 1. Juli verhindert. Als weiteren wichtigen Schritt bewertete das Präsidium die Vorlage eines Umweltgesetzes der DDR mit Umweltminister Töpfer. Beide Maßnahmen waren bereits im Staatsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland vereinbart und sind zügig umgesetzt worden. Die von den Sozialdemokraten vorgebrachten Befürchtungen und sogenann-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

- **Deutschland**
Alfred Dregger: Die Deutschen wissen jetzt genau, woran sie mit Lafontaine sind. Seite 3
- **Sozialdemokraten**
„Fortschritt 90“: Sammelsurium von Wahlversprechen. Seite 7
- **Arbeitsmarkt**
Bauwirtschaft: Facharbeitermangel wird zum Problem der 90er Jahre. Seite 13
- **Evangelischer Arbeitskreis**
Peter Hintze: Deutsche Geschichte stellt die Solidaritätsfrage. Seite 14
- **Jugend**
Helmut Kohl und Lothar de Maizière rufen zu einem „Sommer der Begegnung“ auf. Seite 15



Sommer mit der CDU

Gerade der Sommer bietet einen idealen Rahmen für Aktionen, mit denen sich Spaß, Spiel, Freizeit und Politik hervorragend kombinieren lassen. Hierbei soll Ihnen ein Leitfaden mit Anregungen und Beispielen für Sommeraktionen behilflich sein. Diesen Leitfaden mit dem Angebot aller Sommerwerbemittel finden Sie im grünen Teil dieser Ausgabe. Die neuen Sommerwerbemittel werden noch einmal gesondert im weißen Teil auf den Seiten 18 und 19 vorgestellt.

(Fortsetzung von Seite 1)

ten Nachforderungen werden damit ad absurdum geführt und sind offensichtlich nichts als heiße Luft.

Das Präsidium begrüßte die Gespräche der Bundesregierung mit der SPD zur Erläuterung des Staatsvertrages. Es hat aber nachdrücklich betont, daß der Text des Staatsvertrages nicht mehr geändert werden kann. Der Fahrplan zur Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion muß eingehalten werden. Die Sozialdemokraten tun sich keinen Gefallen, wenn sie den Eindruck erwecken, als ob hier neu verhandelt werden würde.

Jeder, der den Termin in Frage stellt, muß wissen, daß er für die Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR ein unkalkulierbares Risiko eingeht. Eine Verschiebung des Staatsvertrages würde die Menschen in der DDR zutiefst verunsichern, eine neue Übersiedlungswelle ungeahnten Ausmaßes wäre ganz sicher die Folge. Der Prozeß der deutschen Einheit würde gefährdet oder abgebremst.

Das Präsidium hat noch einmal betont, daß die deutsche Einheit jetzt schnell vollendet werden muß. Die letzten Massenveranstaltungen und Demonstrationen der PDS/SED mit den starken Worten von Herrn Gysi zeigen noch einmal, wie notwendig es ist, die deutsche Einheit schnell zu vollenden.

Appell an die SPD

Die SPD sollte aufhören, durch das ständige Gerede von Nachbesserungen falsche Erwartungen zu erwecken und damit die Menschen zu verunsichern. Wir hoffen, daß die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik wie die SPD der DDR sich ihrer Verantwortung angesichts der großen Herausforderung und auch der

Chancen für die Deutschen nicht entziehen werden.

Der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat dem Präsidium einen ausführlichen Bericht über die Vorbereitung der Zusammenführung beider CDU-Parteien und über die Gespräche zwischen den beiden Parteivorsitzenden gegeben. Das Präsidium begrüßte, daß sich Helmut Kohl und Lothar de Maizière einig sind, diese Zusammenführung beider Parteien auf einem gemeinsamen Parteitag Anfang Oktober in Hamburg herbeizuführen. Damit wird die CDU als Partei der deutschen Einheit in diesem Jahr ein weiteres historisches Zeichen zur endgültigen Überwindung der Teilung Deutschlands setzen.

Partei der deutschen Einheit

Beide Parteien müssen jetzt ihre Wiedervereinigung organisatorisch intensiv vorbereiten. Für diesen Zweck werden übergreifende Kommissionen eingesetzt, die sich zum Beispiel mit der Programmatik der CDU Deutschlands befassen. Präsidiumsmitglieder und Mitglieder des Vorstands beider Parteien werden an den Sitzungen der Führungsgremien der jeweiligen Schwesterpartei teilnehmen.

Das beginnt zum Beispiel jetzt bei uns am 18. Juni auf dem Kleinen Parteitag, bei dem nicht nur Lothar de Maizière sprechen, sondern der gesamte Hauptvorstand der CDU der DDR teilnehmen wird.

Wir werden auf der nächsten Bundesvorstandssitzung im Hinblick auf diesen Kleinen Parteitag Empfehlungen vorbereiten, die dem Bundesparteitag am 1. und 2. Oktober die notwendigen Beschlüsse ermöglichen, damit es am Ende eine Partei geben wird, nämlich eine Christlich Demokratische Union Deutschlands.

Alfred Dregger:

Die Deutschen wissen jetzt genau, woran sie mit Lafontaine sind

In der Sitzung des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. Mai im Berliner Reichstagsgebäude ist der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger auf die deutschlandpolitische Erpressung des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine eingangen und hat dem „Überfall des SPD-Kanzlerkandidaten auf seine Partei“ auch sein Gutes abgewonnen:

Die Deutschen in Ost und West wissen jetzt ganz genau, woran sie mit Lafontaine sind. Der Mann, der bei einem Wahlsieg der SPD die Richtlinien der deutschen Politik bestimmen würde, will die staatliche Einheit Deutschlands nicht!

Er ist aber zu feige, dies offen auszusprechen. Denn er möchte auch nicht am Ende als derjenige dastehen, der die Einheit verhindert hat. Folglich will er die SPD auf den Kurs festlegen: Ablehnung des Staatsvertrages, wo Zustimmung gesichert — im Deutschen Bundestag — und Zustimmung, wo Ablehnung möglich — im Bundesrat.

Gefährlicher Spagat

Äußerungen aus der SPD deuten darauf hin, daß die Sozialdemokraten sich auf einen solch selbstmörderischen Spagat nicht einlassen werden. Wie können sie auch? Die Ost-SPD, deren Fraktionschef Schröder in der „Welt“ Lafontaine die Leviten liest, stimmt dem Staatsvertrag zu; die Länderchefs der West-SPD haben den Finanzierungsplan für die deutsche

Einheit im Einvernehmen mit ihren Kollegen aus den unionsregierten Ländern verabschiedet; Frau Matthäus-Maier hat in der vergangenen Woche für ihre Fraktion im Bundestag erklärt, daß die SPD die Währungsunion nicht verhindern und nicht verschieben will.

Nur Wolkenschieberei

Ich denke, daß wir mit der SPD zum Konsens kommen können, wenn die mit der sozialdemokratischen Führung vereinbarten Gespräche stattgefunden haben. Die Themen, über die die SPD zu sprechen wünscht, sind ja nicht neu und auch von uns längst mit der DDR-Seite erörtert worden. Insoweit ist das Schauspiel, das die SPD der Öffentlichkeit seit dem Beschuß ihres Parteivorstands in dieser Frage bietet, in Wirklichkeit Wolkenschieberei.

Ein Nein der SPD zum Staatsvertrag im Bundestag wäre ein schwerwiegender Vorgang. Der deutschen und internationalen Öffentlichkeit würde damit signalisiert, daß eine bedeutende politische Kraft in Westdeutschland die deutsche Einheit nicht wirklich will. Unsere Gesprächspartner im Westen, vor allem aber im Osten, könnten das auch so auffassen, daß der Zug zur deutschen Einheit langsamer fahren oder sogar zum Stillstand kommen würde, wenn in Bonn eine andere Mehrheit am Ruder wäre.

Das könnte beispielsweise die Sowjets dazu verleiten, auf Zeit zu spielen und erst einmal die Bundestagswahl abzu-

Zur Einführung der D-Mark am 2. Juli:

Viele sind auf dem Sprung

Richard Schröder, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR, zur Äußerung des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine, die Einführung der D-Mark in der DDR am 2. Juli sei eine Fehlentscheidung:

„Ich denke, es ist falsch zu sagen, die schnelle Einführung der D-Mark sei ein Fehler. Man muß ja nur mal nach Ungarn, Polen und der Sowjetunion gucken, um zu sehen, mit welchen Schmerzen die langen Wege zur

Marktwirtschaft verbunden sind. Schwierig wird es gewiß, aber ein Hinausschieben wäre nach meiner Einsicht noch schwieriger.

Wir müssen das Währungs- und Wirtschaftschaos beenden. Da ist die Einführung der D-Mark ein fester Punkt, von dem aus man wieder konkret rechnen und planen kann. Wir sehen, daß viele auf dem Sprung sind, um mit Eigeninitiative zu beginnen, sobald die Berechenbarkeit der Verhältnisse da ist.“

warten, bevor die Signale für die deutsche Einheit endgültig auf Grün gestellt werden. Welche Panik eine solche Veränderung der Lage in der DDR auslösen würde, kann man sich leicht ausmalen.

Ohne jede Gewissensbisse

Weite Teile der SPD scheinen begriffen zu haben, mit welchen politischen Sprengladungen ihr Kanzlerkandidat — offenbar ohne jede Gewissensbisse — hantiert. Ich kann mir kaum vorstellen, daß die SPD sich auf diesen Kurs zwingen läßt. Es scheint mir auch schwer vorstellbar, daß die SPD sich ihre große gesamtdeutsche Tradition von einem einzelnen Kamikazekämpfer einfach wegnnehmen läßt — auch wenn diese Tradition von der Partei in den letzten Jahren weitgehend ignoriert wurde.

Wir jedenfalls werden unseren Kurs auf die Einheit und Freiheit Deutschlands fortsetzen. ■

Wurfsendungen nun auch in die DDR

Ab dem 1. Juni 1990 ist die Einlieferung von Wurfsendungen in den Bereich der Deutschen Post der DDR zugelassen. Das Höchstgewicht der Wurfsendung beträgt 50 Gramm.

Als kleinstes Verteilgebiet gilt der Zustellbezirk oder die Gesamtheit der Abholer eines Postamtes. Im übrigen gelten die Bestimmungen wie für Wurfsendungen im Bereich der Deutschen Bundespost Postdienst.

Nach der Einführung der Massendrucksachen und der Werbeantworten für Empfänger im Bereich der Deutschen Post der DDR Ende April bedeutet die Annahme von Wurfsendungen eine weitere Verbesserung des Postverkehrs mit der DDR.

CDU/CSU-Fraktion und CDU/DA-Fraktion

Erste gemeinsame Sitzung im Berliner Reichstag

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU/DA-Fraktion der Volkskammer haben am 28. Mai im Reichstagsgebäude in Berlin zum ersten Mal gemeinsam getagt. Ministerpräsident de Maizière würdigte diese historische Fraktionssitzung als „bewegenden Augenblick“ und wichtigen Schritt zu der frei gewählten Volksvertretung aller Deutschen.

Gemeinsames Ziel sei, daß „alsbald ein frei gewähltes deutsches Parlament“ im Reichstagsgebäude wieder „dem deutschen Volke diene“. De Maizière: „Wir wollen die deutsche Einheit so schnell wie möglich, aber auch so gut wie möglich.“ Der Zeitplan, vor allem die Einführung der Währungsunion im Juli werde eingehalten: Die Nachbesserungswünsche der Bonner SPD bezeichnete er als „Rechtfertigungsforderungen“. In einem Seitenhieb gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine sagte de Maizière, er wolle dem „sympathischen Saarländer“ nicht unrecht tun, er sei aber der Ansicht, ein Saarländer (Honecker) sei „als Bestimmer unseres weiteren Weges für lange Zeit genug“.

In Berlin traten erstmals auch verschiedene Arbeitsgruppen der Unionfraktion beider Parlamente zusammen, um aktuelle Fragen der Vereinigung und der künftigen gemeinsamen Politik zu erörtern.

Die Arbeitsgruppen Innenpolitik, die sich künftig regelmäßig in Bonn und Berlin

treffen wollen, nannten — neben den Wahlvorbereitungen — folgende Schwerpunkttaufgaben, die gemeinsam bewältigt werden müssen:

- **Die Bewältigung des Stasi-Problems in der DDR**
 - **Ein einheitliches öffentliches Dienstrecht auf der Basis des Beamtenstatus**
 - **Ein gemeinsames Ausländerrecht**
 - **Datenschutz für die Bürger in Deutschland**
 - **Öffentliche Sicherheit und Ordnung.**
- Die Arbeitsgruppen Wirtschaft verständigten sich auf folgende gemeinsame Überlegungen:
- **Sofortige Veräußerung der wettbewerbsfähigen Kombinate, Kombinatsbereiche und sonstigen Staatsbetriebe.**
 - **Verwendung der Veräußerungserlöse zur Durchführung weiterer Privatisierungen, zur Sicherung der Liquidität und kurzfristigen Umstrukturierung sanierungsfähiger Kombinate, Kombinatsbereiche und sonstiger Staatsbetriebe.**
 - **Beschleunigung der Privatisierungen durch Ausschöpfung sämtlicher Möglichkeiten zum Beispiel Ausschreibungen, Versteigerungen, Vergabe von Veräußerungsaufträgen an Banken sowie westdeutsche und internationale Mergers-and-Acquisitions-Unternehmen.**

Zu diesem Zweck sollte die bisher in Form eines bürokratischen Staatsapparates betriebene Treuhandanstalt grundle-

gend umgestaltet und nach dem Vorbild westlicher Sanierungsgesellschaften organisiert werden, wobei das künftige Statut der Treuhandanstalt den vorgenannten Grundsätzen entsprechen muß. Für die Verwirklichung des Konzepts ist die Hinzuziehung erfahrener Unternehmenspraktiker aus dem nationalen und europäischen Bereich zwingend erforderlich.

Die Arbeitsgruppen Bildung und Wissenschaft forderten die Umgestaltung des bisherigen sozialistischen Bildungssystems in ein freiheitliches und demokratisches Bildungswesen. Die staatliche Einigung Deutschlands wird auch zu einer Verzahnung der beiden bislang noch unterschiedlichen Bildungssysteme führen. Voraussetzung dafür ist die Kulturohheit der zu schaffenden Länder in der DDR. Die Abgeordneten der CDU/DA-Volkskammerfraktion sowie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehen im Kulturföderalismus die beste Gewähr für demokratische Vielfalt und Wettbewerb im Bildungswesen. Sie erteilten allen Versuchen eine Absage, mit der in der Bundesrepublik nicht zu verwirklichenden linken Bildungsideologie in der DDR zu experimentieren.

Vor intensiver Zusammenarbeit

Die Abgeordneten der beiden Arbeitsgruppen vereinbarten für die Zukunft eine intensive Zusammenarbeit in Form regelmäßiger Treffen und Kooperation. Diese Zusammenarbeit wird verstanden als Beitrag zur Einigung Deutschlands und zur künftigen gemeinsamen Tätigkeit in einem gesamtdeutschen Parlament.

Es wurde vereinbart, in mehreren Klausursitzungen in den kommenden Wochen gemeinsame Zielvorstellungen für die Themenbereiche Schule, berufliche Bildung, Weiterbildung, Hochschule und Kulturförderung zu erarbeiten. ■

Informationskampagne zum Staatsvertrag

Die Bundesregierung und die Regierung der DDR werden in der zweiten Junihälfte 1990 eine gemeinsame Informationskampagne über den Staatsvertrag starten.

Die Informationskampagne, die sich zunächst schwerpunktmäßig auf den Inhalt des Staatsvertrags beziehen wird, soll sich im Frühherbst den Themen Umweltunion, Rechtsangleichung und Eigentumsregelung widmen.

Für die DDR sind u.a. geplant:

- Als Basismaterial der Kampagne ein „Extrablatt“, das an alle 7,2 Millionen Haushalte verteilt wird. Inhalt: Darstellung der Auswirkung des Staatsvertrags auf die verschiedenen sozialen Gruppen und Service-Informationen. (Umfang: 12 Seiten; Zeitungsformat)
- Ganz- und halbseitige Anzeigen in überregionalen und regionalen Zeitungen mit Fakten-Darstellungen und Testimonials von Prominenten aus beiden Teilen Deutschlands.
- Entsprechende Anzeigen in westdeutschen Publikumszeitschriften, die in der DDR vertrieben werden.
- Kinospots zum Thema Staatsvertrag, die in allen Lichtspieltheatern zum Einsatz kommen.
- Einsatz von 16 Infomobilen mit Informationsmaterial und Videofilmen zum Thema in Berlin (Ost) und in allen Bezirken der DDR.
- Einsatz einer Trickfilm-Serie „Der kluge Ludwig“. In leicht eingängiger zeichnerischer Anspielung auf Ludwig Erhard soll damit über die Soziale Marktwirtschaft im DDR-Fernsehen informiert werden. ■

SPD-Konzept „Fortschritt 90“

Sammelsurium von Wahlversprechen

Zu dem Abschlußbericht der von Lafontaine geleiteten SPD-Kommision „Fortschritt 90“ erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Das SPD-Konzept „Fortschritt 90“ ist ein „Sammelsurium“ von Wahlversprechen, deren Finanzierung nicht gesichert ist und deren Umsetzung das Wirtschaftswachstum der kommenden Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und damit letztlich auch die deutsche Einheit ernsthaft gefährdet. Wie unsolide das Konzept als Ganzes ist, zeigt sich bereits daran, daß die SPD mit Blick auf den deutschen Einigungsprozeß keine Kostenvoraussagen für die Haushalte der kommenden Jahre machen kann, auf der anderen Seite aber seit Wochen von der Bundesregierung fordert, die Kosten der Einheit auf den Tisch zu legen.

Es ist bestürzend, daß die Mitglieder der Kommission „Fortschritt 90“ offensichtlich dem Kurs Lafontaines folgen, die deutsche Einheit zu verhindern. Nicht

anders ist es zu verstehen, wenn es in dem Bericht der Kommission unter dem Deckmantel vermeintlicher Verbesserungen der Lebensbedingungen der Menschen in der DDR heißt: „Nicht die staatliche Organisation der Einigung Deutschlands steht für uns im Vordergrund, unser Zukunftsprojekt ist vielmehr die Organisation von sozialer Gerechtigkeit und Verwirklichung der ökologischen Erneuerung.“

Alles in allem ist der Arbeitsbericht ein Dokument der tiefen Widersprüche und Zerrissenheit, in die Lafontaine seine Partei geführt hat. Es handelt sich hierbei keineswegs um ein Zukunftsprogramm für die 90er Jahre, sondern um ein wahlaktisches Papier, das die Doppelstrategie Lafontaines für den Wahlkampf im Herbst vorbereiten soll:

In der Bundesrepublik Deutschland soll der Bundeskanzler für die anstehenden Probleme bei der Sanierung der DDR-Wirtschaft verantwortlich gemacht werden, während in der DDR hierfür die Soziale Marktwirtschaft herhalten soll.

Generalsekretär Volker Rühe:

Fortschritt 90 – sozialdemokratische Spielerei

Das SPD-Programm „Fortschritt 90“ ist eine sozialdemokratische Spielerei abseits der Geschichte und der Entwicklung in Deutschland. Die Finanzierung bleibt wie so oft bei der SPD im Nebel.

Umweltschutz bedeutet, daß wir nach der Verwirklichung der deutschen Einheit die Luft-, Boden- und Wasserver-

schmutzung direkt an der Quelle bekämpfen werden. Gerade die Vereinigung Deutschlands ermöglicht massive und weitreichende Initiativen für Abrüstung und Frieden.

Das sind die Realitäten, die auch Sozialdemokraten erkennen sollten. Wer den Einheitsprozeß abbremst, der verspielt große Chancen.

Öffentliche Haushalte müssen Anstieg der Ausgaben bremsen

Die heute überschaubaren Auswirkungen des Einigungsprozesses auf die öffentlichen Haushalte liegen offen. Für den Bund heißt dies konkret bis 1994, 20 Milliarden Mark bei den teilungsbedingten Kosten einzusparen. Ein Vorhaben, welches nur dann gelingen kann, wenn bei allen Politikbereichen nicht das Wünschbare Meßblatte der Ausgaben ist, sondern das Machbare.

Jochen Borchert, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Dies sehen auch die Mitglieder des Finanzplanungsrates so. Das Koordinierungsgremium für öffentliche Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich bei seiner letzten Sitzung auf eine zurückhaltende Ausgabenpolitik verständigt.

Eine Bedingung für die solide gesamtwirtschaftliche Finanzierung des deutschen Vereinigungsprozesses ist es, den Ausgabenanstieg für die öffentlichen Haushalte mittelfristig gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr wieder deutlich zurückzuführen. Dies bedeutet, für neue Programme oder für die Ausweitung bestehender kann nur in Ausnahmefällen begrenzter Spielraum vorhanden sein.

Die Forderungen mancher Bildungspolitiker gehen deshalb weit über das zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgesteckte Ziel hinaus. Dies gilt besonders dann, wenn man bedenkt, daß der Bund in jüngster Vergangenheit auf dem Sektor Bildung eine ganze Menge getan hat und dies, obwohl nach unserer Verfassung die Bildung zu den ureigenen Aufgaben der Länder zählt.

Über den heute geltenden Finanzplan des Bundes sind bisher folgende Programmweiterungen beschlossen worden:

- Hochschulsonderprogramm 1989 bis 1995: 1.000 Millionen Mark
- Studentenwohnraumbau: 300 Millionen Mark
- BAFöG Strukturreform 1990 bis 1993: 750 Millionen Mark
- Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau 1991 bis 1993: 600 Millionen Mark
- Mittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesell-

Weltmeister in Preisstabilität

Nach den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zählt die Bundesrepublik Deutschland im Monat Februar mit 2,7 Prozent zusammen mit den Niederlanden mit 2,1 Prozent zu den Ländern mit der geringsten Inflationsrate auf der Welt.

schaft 1991 bis 1995: 300 Millionen Mark.

Diese zusätzlichen Programme addieren sich über die Jahre auf rund drei Milliarden Mark.

Der Bund hat auch andere Verpflichtungen. Er kann die sehr knapp bemessenen freien Mittel nicht nur einem Politikbereich überlassen. Es wäre deshalb auch ein Akt der Fairneß, wenn die Politikbereiche, die in der jüngsten Vergangenheit erheblich aufgestockt wurden, nun im Interesse anderer ebenfalls wichtiger Politikfelder mit ihren Forderungen ein wenig Zurückhaltung üben würden.

Noch in diesem Jahr erstmals Betriebsratswahlen in der DDR

Arbeitnehmer in der DDR werden in diesem Jahr erstmals Betriebsräte wählen können. Die Wahlen aufgrund des neu einzuführenden Betriebsverfassungsgesetzes sollen noch bis zum 31. Dezember durchgeführt werden. Dies geht aus einem vom Ost-Berliner Ministerium für Arbeit und Soziales vorgelegten Paket von Gesetzesentwürfen hervor.

Als Übergangsregelung ist vorgesehen, daß Vertretungen von Arbeitnehmern, die vor dem Inkrafttreten des Staatsvertrages nach demokratischen Grundsätzen gewählt wurden, im Amt bleiben. Die in der Weimarer Zeit geschaffenen Betriebsräte waren noch vor Gründung der DDR 1948 mit den sogenannten Bitterfelder Beschlüssen abgeschafft worden.

Mit den Gesetzesentwürfen, die im Juni in die Volkskammer kommen, sollen zahlreiche arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen der Bundesrepublik übernommen werden. Arbeitgeber und Gewerkschaften sollen wie in der Bundesrepublik volle Tarifautonomie erhalten.

Beim Abschluß eines Arbeitsvertrages soll künftig der Grundsatz der Vertragsfreiheit gelten. Ferner ist vorgesehen, das Kündigungsschutzgesetz und die sechs-wöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einzuführen.

Nach Übernahme der bundesdeutschen Mitbestimmungsgesetze werden Vertreter der DDR-Arbeitnehmer auch in die Aufsichtsräte einrücken können. Nach bundesdeutschem Vorbild soll ein System der Sozialversicherung eingeführt werden. Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversi-

cherung werden vor allem durch Beiträge finanziert, die je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und -gebern aufzubringen sind.

Die Beitragsbemessungsgrenze für die Renten- und Arbeitslosenversicherung wird ab Juli mit 2.400 D-Mark (Bundesrepublik: 6.300 D-Mark) festgesetzt. Für die Krankenversicherung liegt sie bei 1.800 D-Mark (4.725). Die Krankenversicherung soll auch nach dem 1. Juli alle Leistungen im bisherigen Umfang gewähren, wobei ein Teil aus dem Staatshaushalt zu finanzieren sein wird. ■

Kommentar

Uns geht es gut

Den Bundesbürgern geht es gut, unsere Wirtschaft ist in einer „bemerkenswert günstigen“ Verfassung. Sie hat „im achten Jahr eines ungewöhnlich langen weltweiten Aufschwungs die Durststrecke der frühen 80er Jahre endgültig hinter sich gelassen“.

Das sagt acht Jahre nach der Bonner Wende nicht etwa der Regierungssprecher. Das sagt vielmehr die Bundesbank mit ihrem Präsidenten Karl-Otto Pöhl an der Spitze. Pöhl ist SPD-Mitglied.

Alle haben gut verdient. Überdurchschnittlich gut die Unternehmer. Man sollte es ihnen nicht neiden. Nur wer gut verdient, der investiert und schafft neue Arbeitsplätze. Das sagt nicht etwa der Unternehmerverband, sondern wiederum die Bundesbank.

Bild

„Zugewinngemeinschaft mit hoher Rendite für beide Seiten“

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird nach Ansicht von DIHT-Präsident Hans Peter Stihl eine „Zugewinngemeinschaft mit hoher Rendite für beide Seiten“ werden. Das wirtschaftliche Zusammenwachsen sorge für erhebliche Impulse, von denen beide profitierten, sagte Stihl auf der Jahrestagung des Deutschen Messe- und Ausstellungsausschusses (AUMA) in Köln.

„Ich will gar nicht spekulieren, aber im Durchschnitt der nächsten zehn Jahre scheint mir ein reales Wachstum von nahezu vier Prozent für den neuen deutschen Wirtschaftsraum ohne weiteres erreichbar“, erklärte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Aus dieser Quelle könne ein Großteil der Belastungen aus der Einheit finanziert werden.

Demagogie mit Horrorzahlen

Stihl bedauerte in diesem Zusammenhang, daß die Kosten der deutschen Einheit für die politische Auseinandersetzung mißbraucht würden. Mit Horrorzahlen werde Demagogie betrieben und der Eindruck erweckt, als handele es sich bei der deutschen Einheit um einen besonders „hinterhältigen Anschlag auf den westdeutschen Steuerzahler“.

Wer in dieser Situation auf Neidgefühle setze, werde seiner historischen und politischen Verantwortung nicht gerecht und verkenne vor allem aber die wirtschaftlichen Aspekte.

Der DIHT-Präsident erwartet eine außerordentlich dynamische Entwicklung in

der dann damaligen DDR. Ein dynamischer deutscher Binnenmarkt in einem dynamischen Europäischen Binnenmarkt mache den Wirtschaftsstandort Deutschland für ausländische Engagements besonders anziehend. Überdies würden sich im Zuge der Öffnung Osteuropas traditionelle Wirtschaftsbeziehungen wiederbeleben und neue entwickeln. „Mittel-europa und damit insbesondere der deutsche Wirtschaftsraum werden zu einem Wachstumszentrum in der Welt werden“, sagte Stihl.

Einzelhandels-Boom

Steuerreform und Beschäftigungs-Boom haben die Haushaltssachen kräftig gefüllt — und die Konsumenten geben das Geld mit vollen Händen wieder aus.

Folge: Die Einzelhandelsumsätze haben im ersten Vierteljahr 1990 preisbereinigt um 5,5 Prozent zugenommen — ein Traumergebnis. In der Käufergunst ganz oben stehen besonders langlebige Gebrauchsgüter wie Haushaltsgeräte, Autos und Einrichtungsgegenstände.

Auch der bisher schleppende Absatz von Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren hat sich jetzt nach einer langen Durststrecke spürbar belebt.

Dabei ist die Preisentwicklung insgesamt mit einem Plus von gerade zwei Prozent recht stabil geblieben. Aus dem Rahmen fallen allerdings die Nahrungs- und Genussmittel, die um 3,5 Prozent zulegten.

Wohneigentum in der DDR

Oberstes Ziel: So schnell wie möglich Rechtssicherheit wiederherstellen

Zur Frage des Wohneigentums in der DDR hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Städte- und Wohnungsbau der CDU, Franz Möller, Stellung genommen:

Auch für die künftige Wohnungswirtschaft in der DDR spielen die noch unlösten Eigentums- und Vermögensfragen eine besondere Rolle. Zwar ist durch die Anlage IX zum Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der Eigentumserwerb für Investoren in der DDR geregelt worden. Zur Durchsetzung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes bedarf es aber dringend einer Klärung der Eigentums- und Vermögensfragen. Das ist sowohl für den Wohnungsbau und für das Wohneigentumsrecht, als auch für das Mietrecht, für das Städtebaurecht, für das Raumordnungsrecht und für viele andere Bereiche unerlässlich.

Der Bundesfachausschuß der CDU für Städte- und Wohnungsbau hat dazu am 17. Mai erste Grundsätze zum Thema offene Eigentums- und Vermögensfragen für den Wohnungsbau in der DDR beschlossen, die bei den Verhandlungen mit der DDR zugrunde gelegt werden müssen:

● Oberstes Ziel muß es sein, so schnell wie möglich Rechtssicherheit zu schaffen. Die bestehenden speziellen staatlichen Beschränkungen von Verfügungsbefugnissen über Vermögenswerte sind auf beiden Seiten aufzuheben. Der Begriff Vermögenswerte erfaßt dabei Immobilien, Grundpfandrechte, Unternehmen und ihr

Vermögen, Kontoguthaben und sonstiges Vermögen.

● Die Interessen der jeweils betroffenen Personen beider Seiten sind auf der Grundlage rechtsstaatlicher Prinzipien sozialverträglich auszugleichen. Dabei sind die auf gesetzlicher Grundlage der DDR redlich erworbenen Eigentums-, Nutzungs- und Mietrecht von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik

Die Klärung der Eigentums- und Vermögensfragen ist eine wichtige Voraussetzung für den Wohnungsbau, für das Mietrecht, für das Städtebau- und Raumordnungsrecht.

an Grundstücken und Gebäuden zu wahren und zu schützen.

● Bei der Regelung und der künftigen Ausübung von Vermögensrechten erfolgt eine Gleichbehandlung der Berechtigten mit entsprechenden Personen in dem Staat, in dem sich die Vermögenswerte befinden. Westeigentümer sollen gegenüber Osteigentümern weder bevorzugt noch benachteiligt werden.

● Eine Rückübertragung von in Volkseigentum übergegangenen Unternehmen und anderen Vermögensobjekten erfolgt, soweit das möglich ist. Soweit eine Rückübertragung nicht möglich oder von den Berechtigten nicht gewünscht ist, wird eine Entschädigung gewährt.

● Die Rückübertragung von früheren ►

DDR soll Kriegsopferversorgung nach dem Vorbild der Bundesrepublik aufbauen

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat im Ausschuß „Deutsche Einheit“ seine bereits am 27. April 1990 öffentlich erhobene Forderung wiederholt, daß die DDR eine Kriegsopferversorgung nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland aufbauen solle.

Zahlreiche DDR-Bürger, die im 2. Weltkrieg als Soldaten verletzt wurden, hätten ihn auf diese Lücke in der sozialen Sicherung angesprochen und gebeten, bevor sie sterben, noch einige Zeit in den Genuß einer solchen Versorgung zu kommen.

Alfred Dregger erklärte im Aus-

schuß, es gehe nicht an, daß die Kriegsopfer und Kriegerwitwen in beiden Teilen Deutschlands ungleich behandelt würden. Sie hätten den gleichen Krieg erlitten und deshalb auch Anspruch darauf, die gleiche Entschädigung zu erhalten.

Dregger warf die Frage auf, ob die DDR bereits vor der Wiederherstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes — eventuell mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland — ein Versorgungssystem für die etwa 300.000 in der DDR lebenden Kriegsopfer in der DDR aufbauen könnte.

Eigentumsrechten an Grundstücken und Gebäuden, deren Nutzungsart bzw. Zweckbestimmung ihrem Wesen nach verändert wurden (insbesondere durch Gemeingebrauch, komplexem Wohnungsbau, gewerbliche Nutzung), ist ausgeschlossen.

- Unbeschadet der Rückübertragung von Eigentumsrechten an Mietwohngrundstücken bedarf es weiterer gesetzlicher Regelungen zum Schutz langjähriger Miet- und Nutzungsrechte.
- Die Regelung der vermögensrechtlichen Fragen muß mit der Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft im Einklang stehen und die Rechtssicherheit für Bürger und Unternehmen auf beiden Seiten wiederherstellen.

Auch 1989 wieder neuer Außenhandelsrekord

Von der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahr 1989 Waren im Wert von 506,6 Mrd. DM eingeführt und für 641,3 Mrd. DM ausgeführt. Dies und der positive Saldo von 134,7 Mrd. DM sind die höchsten Jahreswerte, die je erreicht wurden. Damit übertraf die Einfuhr die bisherige Rekordmarke von 463,8 Mrd. DM im Jahre 1985 ebenso deutlich wie die Ausfuhr den mit 567,7 Mrd. DM im Jahr 1988 erzielten Höchststand. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Einfuhren um 15 Prozent und die Ausfuhren um 13 Prozent.

Bauwirtschaft:

Facharbeitermangel wird zum Problem der 90er Jahre

Ein bezeichnendes Licht auf das tatsächliche Ausmaß an „Arbeitslosigkeit“ in der Baubranche hat eine im parlamentarischen Bauausschuß von der Bundesanstalt für Arbeit vorgestellte Strukturanalyse geworfen.

Danach überstieg im 1. Quartal die Zahl der offenen Stellen, die die Bauwirtschaft sofort besetzen könnte, mit 77.000 die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen; dabei hatte nur jeder dritte Betrieb die Arbeitsämter in die Suche eingeschaltet. Daß von den gemeldeten Arbeitslosen (zum Zeitpunkt der Analyse im Herbst 89) nur rd. 18 Prozent auch über eine abgeschlossene Bauberufsausbildung verfügten, bestätigt den bekannten Facharbeitermangel.

Offensichtlich ist es trotz vielfältiger Mobilisierungskampagnen der Nürnberger Bundesanstalt wie der Bauwirtschaft auch nicht befriedigend gelungen, Arbeitskräfte aufgrund des überregionalen Ausgleichs angesichts des bestehenden Nord-Süd-Gefälles zu aktivieren. Und offensichtlich sind die von Nürnberg monatlich gelieferten Zahlen über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in unserem Lande von geringer Aussagekraft — zumindest in der Baubranche!

Dietmar Kansy, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich habe bereits im Sommer letzten Jahres warnend auf die sich abzeichnenden Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft hingewiesen — und auf die Gefahren, die damit für die Verwirklichung unserer wohnungspolitischen Programme wie die Entwicklung der Baukosten entstehen

Beschäftigung auf neuem Höchststand

Die konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Monat spürbar fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich gegenüber dem Mai des Vorjahrs um 124.000. Mit rund 1,8 Millionen liegt die Arbeitslosigkeit deutlich unter der 2-Millionen-Grenze.

Der Beschäftigungsanstieg der letzten Jahre setzt sich kräftig fort. Im April lag die Zahl der Erwerbstätigen um 552.000 über dem Niveau des Vorjahrs und erreichte mit 28,120 Millionen einen neuen Rekord. Seit April 1983 sind damit in der Bundesrepublik rund 1,9 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden.

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**: Mit unseren Beschäftigungsgewinnen sind wir europaweit Spitze. Die Beschäftigung weitet sich von Monat zu Monat aus. Wir haben jetzt die Rekordmarke von 28 Millionen deutlich überschritten. Noch nie waren so viele Menschen in Arbeit und Lohn wie heute. Besonders erfreulich ist: Der rasante Beschäftigungsaufbau kommt zunehmend den Arbeitslosen zugute. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt von Monat zu Monat. Diese Tendenz wird sich im Jahresverlauf fortsetzen.

könnten. Die Untersuchung der Bundesanstalt bestätigt jetzt: 45 Prozent der befragten Betriebe verzichten inzwischen auf Aufträge, wenn sie keine Möglichkeit zur Stellenbesetzung sehen.

Erstes Deutschlandforum des EAK

Peter Hintze: Deutsche Geschichte stellt die Solidaritätsfrage

Am Pfingstmontag, 4. Juni 1990, diskutierten 700 Teilnehmer aus der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zum Thema „Ein Volk durch Gerechtigkeit“ mit Bundestagspräsidentin Prof. Rita Süssmuth, der stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Christa Thoben, dem Ost-Berliner Bischof Gottfried Forck, dem Regisseur Konrad Weiß, der DDR-Jugendministerin Cordula Schubert, dem stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ulf Fink und dem Volkskammervizepräsidenten Wolfgang Ullmann im Kongreßzentrum am Alexanderplatz in Berlin (Ost).

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises Peter Hintze sagte in seiner Eröffnungsrede:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands wird dann gut gelingen, wenn wir uns über unsere Hoffnungen und Ängste, über unsere Erfahrungen und Verletzungen austauschen, wenn wir den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozeß der Vereinigung in gegenseitigem Gedankenaustausch begleiten und tragen. Hierzu sollen die Deutschlandforen des EAK dienen.“

Wir wollen dabei deutlich machen, daß die Deutschlandfrage in einem größeren politischen Zusammenhang steht. Es geht dabei ja auch um die Friedensfrage, um die Umweltfrage, um die Einigung Europas und um die Überwindung des Armutshabens zwischen der Nord- und der Südhälfte der Erde.

Ich danke Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar de Maizière dafür, daß sie die historische Chance für Deutschland in diesen Wochen und Monaten so konsequent und erfolgreich wahrnehmen. Für alle Menschen in unserem Lande gilt: Die deutsche Geschichte stellt in diesem Augenblick die Solidaritätsfrage.

Ich habe kein Verständnis für Politiker, die aus wahlaktischen Gründen in der DDR Ängste schüren und in der Bundesrepublik Neidgefühle und Mißtrauen gegen die Einheit wecken. Und ich rufe von Berlin nach Saarbrücken: Oskar Lanfontaine, hören Sie auf, die Menschen in Deutschland gegeneinander ausspielen zu wollen. Jetzt ist die Stunde, gemeinsam und solidarisch Deutschland auf dem sicheren Fundament von Freiheit und Einheit zu bauen.“

Zitat

„Von unseren elektronischen Medien, den Klägemauern der Nation, möchte ich mir wünschen, daß sie uns nach dem Tage X nicht nur täglich die Arbeitslosenziffern der DDR als Sondermeldungen bringen, sondern auch die neuen Warenangebote, die Menschen auf dem Wege zu neuen Aktivitäten, die alten und hoffentlich bald erweiterten Werkstätten und Fabrikanlagen anschaulich darstellen.“

Prof. Karl Schiller

„Sommer der Begegnung“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Grenzen sind offen. Deshalb ist auch der Sommer 1990 für die jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nach langen Jahren der Trennung die erste große Gelegenheit, gemeinsam Urlaub und Ferien zu verbringen, um sich gegenseitig kennenzulernen.

Besonders für die Jugend der DDR, die in der Vergangenheit nicht die Möglichkeit besaß, den anderen Teil Deutschlands zu besuchen, ist es wichtig, die Freiheit zu erleben. Deshalb möchten wir, daß Kinder und Jugendliche in diesem Jahr in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR werden die zustande kommenden Kontakte fördern.

■ Wir rufen die Jugendverbände und Träger der Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland auf, junge Menschen aus der DDR zu ihren Ferien- und Freizeitangeboten einzuladen.

■ Die Städte und Gemeinden bitten wir, im Rahmen ihrer kommunalen Partnerschaften junge Gäste aus der DDR zusätzlich zu den geplanten Begegnungsveranstaltungen aufzunehmen.

■ Wir freuen uns über die verstärkten familiären Kontakte und bekanntchaftlichen Beziehungen, die nach Wegfall der trennenden Mauern möglich geworden sind. Es gibt aber auch viele junge Menschen in der DDR, die nicht über solche Bindungen zur Bundesrepublik Deutschland verfügen. Aus diesem Grunde appellieren wir an alle Familien in der Bundes-

Aufruf des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, und des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Lothar de Maizière, an die Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit, an die Städte und Gemeinden sowie an die Familien zur Ermöglichung gemeinsamer Ferienaufenthalte von Kindern und Jugendlichen aus der DDR in den Sommermonaten Juli und August 1990

republik, Kinder und Jugendliche aus der DDR für eine bestimmte Zeit während der Ferienmonate Juli und August in die Familien aufzunehmen.

Alle Möglichkeiten tragen in besonderer Weise zur Verbesserung des gegenseitigen Verstehens, zur Aufnahme persönlicher Kontakte zwischen lange getrennt lebenden Landsleuten sowie ganz sicher zu einem unvergessenen „Sommer der Begegnung“ für die Jugend der DDR wie für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland bei.

Ihre Ansprechpartner zur Verwirklichung des „Sommers der Begegnung“ sind in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Kennedyallee 105-107, 5300 Bonn 2, und in der DDR das Ministerium für Jugend und Sport, Mohrenstraße 6, 1080 Berlin 8.

17. Juni 1990

Tag der deutschen Einheit

Tag der Freude

Der 17. Juni 1990 ist für uns Deutsche ein Tag der Freude. Die Mauer ist gefallen. Die Hoffnung der Menschen auf Freiheit und Einheit hat sich erfüllt. Standfestigkeit und Beharrlichkeit haben sich ausgezahlt.

An diesem 17. Juni bekunden erstmals die Deutschen in Ost und West gemeinsam ihren Willen, als ein Volk ihre Zukunft in einem freiheitlichen und demokratischen Staat zu gestalten. Wir wollen ein neues Europa in Frieden, Freiheit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit schaffen.

Deshalb wollen wir:

- Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli verwirklichen. Der Staatsvertrag ist ein großer Schritt zur Einheit.
- Die wirtschaftliche und politische Union Europas bis 1993 erreichen.
- Eine Friedensordnung in ganz Europa verwirklichen, in der wir auch mit unseren mittel-, ost- und südosteuropäischen Nachbarn in Frieden, Freiheit und Sicherheit zusammenleben.

17. Juni 1990: Für ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa



Mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlstand

Nur keine Angst vor der Einheit

Uns geht es glänzend: Das bleibt auch nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten so. Dies sagen Arbeitsmarkt- und Berufsforscher der Universität Hamburg. Sie haben Prognosen erarbeitet, daß sich die Einheit auf die Bundesrepublik und Gesamtdeutschland positiv auswirkt. Also, keine Angst vor der Einheit!

► Wachstum: Der Aufschwung geht weiter.

So erfolgreich ist die Wirtschaftspolitik der CDU: Seit der Wende 1982 geht es aufwärts. Acht Jahre dauert der Aufschwung bereits, und er wird weitergehen. Die Forscher rechnen mit 4 Prozent jährlich bis Mitte der neunziger Jahre, danach mit 3,1 Prozent.

► Arbeitsplätze: Der Boom hält an.

Das Wirtschaftswachstum hat uns seit 1983 mehr als 1,7 Millionen neue Arbeitsplätze gebracht. Mit fast 28 Millionen arbeitenden Menschen haben wir einen Rekord erreicht: Noch nie gab es so viele Erwerbstätige wie heute, und es geht weiter so:

Damit es so weitergeht mit Deutschland.

700.000 Arbeitslose finden einen Arbeitsplatz, sagen die Forscher. Bis zum Jahr 2000 gibt es 2,5 Millionen Arbeitsplätze mehr als heute. Das ist auch eine Chance für viele Frauen, die im Moment noch zu Hause sind, aber gerne arbeiten würden.

► Wohlstand: Uns geht's gut.

Alle haben gut verdient. Die Bürger bekommen mehr Geld bei weniger Arbeitszeit. Noch nie hatten die Deutschen so viel gespart wie heute. Die Unternehmer haben weitaus mehr Mittel für Investitionen als in den sechziger und siebziger Jahren. Auch der Staat hat mehr eingenommen. Wir sind in einer glänzenden Ausgangsposition, um die Einheit jetzt zu schaffen.



Medien-Seminare in Schloß Eichholz

Tips für die Zusammenarbeit mit Presse und Rundfunk, Anregungen für wirkungsvolle politische Öffentlichkeitsarbeit, Übungen im Formulieren von Argumenten und Vertreten von Standpunkten — darum u. a. geht es während spezieller Veranstaltungen des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Themenfelder und nächste Termine:

● Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich:

- 3.— 5. 8. 1990 (VA Nr. 214)
- 7.— 9. 9. 1990 (VA Nr. 244)
- 12.—14. 10. 1990 (VA Nr. 282)

● Kommunale Pressearbeit:

- 17.—19. 8. 1990 (VA Nr. 225)
- 24.—26. 8. 1990 (VA Nr. 232)
- 28.—30. 9. 1990 (VA Nr. 268)
- 9.—11. 11. 1990 (VA Nr. 315) —

Aufbaustufe

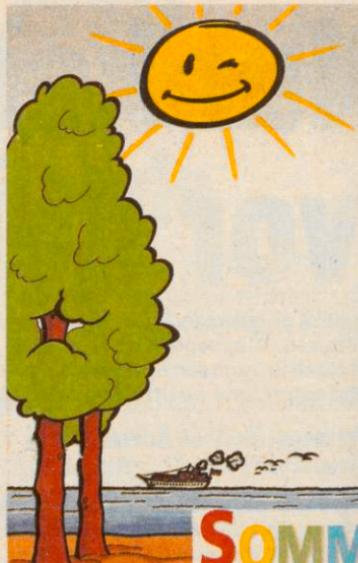
● Rhetorik für die politische Praxis:

- 8.—10. 8. 1990 (VA Nr. 218)
- 24.—26. 8. 1990 (VA Nr. 233)
- 12.—14. 10. 1990 (VA Nr. 283)
- 2.— 4. 11. 1990 (VA Nr. 334)
- 7.— 9. 12. 1990 (VA Nr. 348)

Die Veranstaltungen finden in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung,
Institut für Politische Bildung,
Schloß Eichholz,
Postfach 13 31, 5047 Wesseling**



SOMMER

MIT DER CDU

**Die neuen
Sommer-Werbemittel**

● Ankündigungsplakat „Sommer mit der CDU“

Bestell-Nr.: 8269

Mindestabnahme: 50 Stück DM
Preis pro Verpackungseinheit: 38,— DM
(oben im Bild)

● Riesenluftballon-Set à 3 Ballons

(schwarz/rot/gold) lieferbar Mitte Juli
Bestell-Nr.: 9253,
Mindestabnahme: 1 Set
Preis pro Verpackungseinheit: 22,— DM
(Seite 19, links unten im Bild)

● Folienballon in Herzform

(Bestell-Nr.: 9268)
Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM
(Seite 19, rechts unten im Bild)



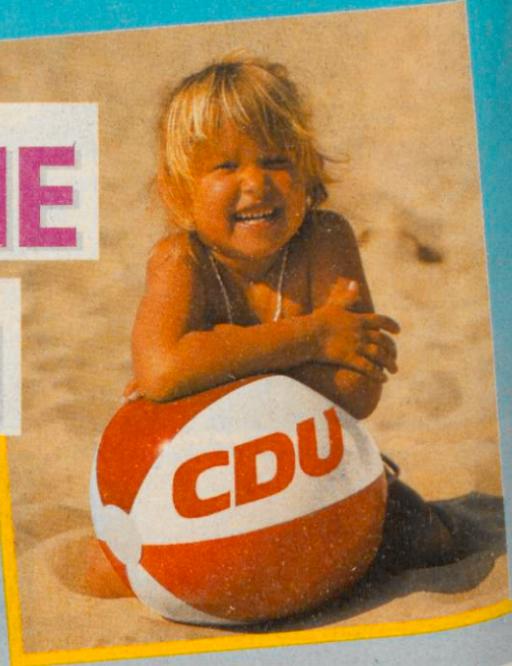
Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold

Die Preise verstehen sich zuzügl.
Mehrwertsteuer inklusive Versand.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

SCHÖNE FERIEN



Für Ihren Schaukasten stellen wir Ihnen noch einmal die Wandzeitung „Schöne Ferien“ vor.
Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden
Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle
weiterleiten wird.

UiD

19/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Tele-
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Ver-
trieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr.
Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:**
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.